November 2018

Danke

Liebe Freundinnen und Freunde der CSA,

zunächst darf ich ein ganz herzliches Dankeschön an Sie und Euch alle richten: Die Wahl zum Landesvorsitzenden der CSA ist eine ehrenwerte Aufgabe, die ich mit Leben füllen möchte.

Ein großer Dank gilt unserem langjährigen Vorsitzenden Joachim Unterländer. Joachim war über viele Jahre das Gesicht der CSA und hat sich stets überzeugt für die Belange der Arbeitnehmer in Bayern eingesetzt. Herzlichen Dank, lieber Joachim und alles Beste!

Das große ausgesprochene Vertrauen bringt eine genau so große Pflicht mit sich. Mein Kernanliegen ist es, den Menschen unsere Politik wieder nahzubringen. Näher am Menschen war auch das Motto der CSU und muss es wieder sein. Es geht den Menschen am Ende des Tages vor allem darum, dass sie ihre alltäglichen Probleme stemmen können und sich von der Politik abgeholt fühlen. Wir müssen den tatsächlichen Problemen der Menschen noch stärker begegnen und uns weniger mit uns selbst beschäftigen. Dafür stehen wir von der Arbeitnehmerunion CSA mit dem Team des neuen Landesvorstands.

Auf gute Zusammenarbeit!

Herzlichst

Mitglied des Deutschen Bundestages
Landesvorsitzender der CSA

Der Haushalt 2019

Der Bundeshaushalt 2019 ist ein Dreiklang aus Investitionen in die Zukunft, Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit sowie Maßnahmen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Der Bundeshaushalt 2019 bedeutet einen weiteren Schritt zur Stärkung unseres Landes- Ohne Neuverschuldung und mit einer ordentlichen Investitionsquote.

Wir investieren in zentrale Zukunftsbereiche wie Verkehrsinfrastruktur, Soziales und Gesundheit sowie Digitalisierung und Künstliche Intelligenz.

Die Sicherheit ist und bleibt unser Thema: Für die innere Sicherheit schaffen wir tausende neue Stellen bei Bundespolizei, BKA und Zoll. Der Verteidigungsetat wächst um fast 5 Milliarden gegenüber 2018, damit unsere Soldaten gut ausgerüstet im Einsatz sind.

Den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken wir durch Investitionen in digitale Bildung, Kinderbetreuung und Wohnen. Familien werden spürbar entlastet durch die Erhöhung des Kindergeldes und durch die Möglichkeit, Baukindergeld zu beantragen.

Insgesamt belaufen sich die Ausgaben des Bundes im Jahr 2019 auf 356,4 Milliarden Euro. Damit wird 2019 erstmals seit 2002 wieder das Maastricht-Kriterium von maximal 60 Prozent Gesamtverschuldung eingehalten. Ein gutes Zeichen für Europa.

Wir werden auch in Zukunft darauf achten, dass die finanzielle Solidität und Berechenbarkeit ein Markenzeichen der Union bleibt.

Impressionen von der CSA Landesversammlung 2018

Der Haushalt 2019

Das Haushaltsgesetz 2019 enthält die Einzelpläne aller Verfassungsorgane sowie aller Bundesministerien:

Bundesministerium der Finanzen. In diesem Jahr wird insbesondere der wichtige Bereich der **Zollverwaltung** mit 775 zusätzlichen Stellen ausgestattet. Ziel ist es, personell gestärkt nicht nur **gegen Umgehungen des Mindestlohns** und **Geldwäsche** vorgehen zu können, sondern auch bei **Kontrollen an internationalen See- und Flughäfen** besser aufgestellt zu sein. Insgesamt steigen die Ausgaben im Bereich des Einzelplans 08 auf knapp **7,2 Mrd. Euro**.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Der Haushaltsausschuss erhöhte den Einzelplan 12 um fast 282 Millionen Euro im Vergleich zum Regierungsentwurf auf insgesamt knapp **29,3 Milliarden Euro**. Die zusätzlichen Mittel sind für **Infrastruktur, Mobilität und Vernetzung** bestimmt. Insbesondere beschloss der Ausschuss Mittel in Höhe von 330 Millionen Euro, um an 118 Bahnhöfen für **Barrierefreiheit** zu sorgen. Auch für den Bereich **automatisiertes und vernetztes Fahren** werden ab 2019 zusätzliche Mittel in dreistelliger Millionenhöhe zur Verfügung stehen.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Der Haushaltsausschuss hat eine Aufstockung des Einzelplans 16 um rund 20 Millionen Euro auf knapp **2,3 Milliarden Euro** beschlossen. Gefördert werden künftig beispielsweise **kommunale Modellvorhaben zur Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeitsziele** in Strukturwandelregionen. Investiert wird auch in ein neues **Programm gegen die Vermüllung der Meere**, mit dem entsprechende Technologie exportiert werden soll.

Bundesministerium für Gesundheit. Der Einzelplan 15 erhöht sich aufgrund des parlamentarischen Verfahrens gegenüber dem Regierungsentwurf um knapp 35 Millionen Euro auf **15,3 Milliarden Euro**. Insbesondere für **Modellprojekte zur telemedizinischen Anwendung** werden bis zum Jahr 2022 insgesamt 23 Mio. Euro eingeplant.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Der Haushaltsausschuss erhöht den Regierungsentwurf um rund 78 Millionen Euro auf über **6,3 Milliarden Euro**. Dies ist vor allem Ergebnis aus Maßnahmen zur **Steigerung des Tierwohls** und der Berücksichtigung von **Dürrehilfen für die Forstwirtschaft**, die vergleichbar zur Landwirtschaft von besonderen Trockenperioden in diesem Jahr betroffen sind.

Bundeskanzleramt. Die Debatte des Einzelplans 04 wird als politische Generaldebatte geführt. Die Koalition hat den Ausgaberahmen gegenüber dem Regierungsentwurf um knapp 145 Millionen Euro auf rund **3,2 Milliarden Euro** angehoben. Der Einzelplan enthält auch das Budget der Bundesbeauftragten für **Kultur und Medien**. Dieser steigt auf das Rekordniveau von **1,9 Milliarden Euro**. Verantwortlich dafür ist beispielsweise ein neues **Denkmalschutz-Sonderprogramm** in Höhe von 40 Millionen Euro und zusätzliche Mittel und Fördermöglichkeiten für die **Filmförderung**.

Auswärtiges Amt. Der Haushaltsausschuss stellt im Einzelplan 05 zusätzlich rund 252 Millionen Euro zur Verfügung. Der Etat wächst damit auf rund **5,8 Mrd. Euro**. Dies folgt vor allem aus Mittelaufwüchsen in den Bereichen **humanitäre Hilfe und Krisenprävention**. Aber auch das **Goethe-Institut** und die **Alexander von Humboldt-Stiftung** erhalten zusätzliche Finanzmittel.

Bundesministerium der Verteidigung. Die Koalition hat im parlamentarischen Verfahren beschlossen, den Ausgabenrahmen des Einzelplans 14 weiter anzuheben. Dem Ressort sollen im kommenden Jahr **43,2 Milliarden Euro** zur Verfügung stehen, im Regierungsentwurf waren 42,9 Milliarden Euro vorgesehen. Gegenüber dem Soll von 2018 steigt der Etat damit sogar um 4,7 Milliarden Euro (+ 12,2 Prozent). Diese zusätzlichen Mittel dienen insbesondere der **Entwicklung eines Luftverteidigungssystems**, der Beschaffung eines **U-Boots** und der Beschaffung eines **Mehrzweckkampfschiffs**. Deutschland wird damit seiner gewachsenen **internationalen Verantwortung** gerecht.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Der Einzelplan 23 soll laut Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses im kommenden Jahr **10,2 Milliarden Euro** betragen. Damit steigt er gegenüber dem Regierungsentwurf um 520 Millionen Euro. Dieser Ausgabenanstieg ergibt sich vor allem aus jeweils zusätzlich 100 Millionen Euro für **Krisenbewältigung** und für die **finanzielle Zusammenarbeit**, aber auch aus höheren Beiträgen an die **Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen**, einem Fonds zur **Bekämpfung von AIDS**, **Tuberkulose sowie Malaria** und einer **Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen“**.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Nach den Beschlüssen des Haushaltsausschusses wird der Etat des Einzelplans 06 im Jahr 2019 mit **15,8 Milliarden Euro** um rund 786 Millionen Euro höher ausfallen als noch im Regierungsentwurf. Die Mehrausgaben kommen insbesondere der **Bundespolizei** und dem **Bundeskriminalamt** zu Gute. Darüber hinaus werden jeweils 100 Millionen Euro für die **Beschaffung von Fahrzeugen** für die Bereitschaftspolizeien der Länder und für den **Bevölkerungsschutz**, insbesondere für die **freiwilligen Feuerwehren**, zur Verfügung gestellt. Aber auch die Bürgerinnen und Bürger profitieren direkt von dem höheren Etat des Einzelplans 06. So wird das **Programm „Kriminalprävention durch Einbruchschutz“** auf dem hohen Niveau des Jahres 2018 fortgeführt und eine **App „Die Polizei warnt“** entwickelt, um leicht über die neuesten Maschen von Betrügern zu informieren. Ebenso stehen mehr Mittel für die **Städtebauförderung** und den **sozialen Wohnungsbau** zur Verfügung.

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Die Koalition hat im parlamentarischen Verfahren den Ausgabenrahmen des Einzelplans 07 um knapp 19 Millionen Euro auf fast **900 Millionen Euro** angehoben. Im Wesentlichen schlägt sich hier der **„Pakt für den Rechtsstaat“** nieder, mit dem wir den konsequenten Rechtsstaat fördern. Konkret geht der Bund bei der **personellen Stärkung von Gerichten und Justizbehörden** voran.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Der Haushaltsausschuss hat den Regierungsansatz um fast 134 Millionen Euro auf knapp **8,2 Milliarden Euro** aufgestockt. Ziel ist neben **zahlreichen Fördermaßnahmen** des Einzelplans 09 eine **Stärkung des Forschungsstandortes Deutschland**. Hier schlagen nicht nur insbesondere zusätzliche Mittel in Millionenhöhe zur Förderung der **Künstlichen Intelligenz**, sondern auch die Gründung von **fünf neuen Instituten des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrttechnik** zu Buche.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Koalition hat im Haushaltsausschuss den Ausgaberahmen des Einzelplans 17 um fast 144 Millionen Euro auf rund **10,4 Milliarden Euro** angehoben. Ein Großteil des Aufwuchses kommt dem **Elterngeld** als gewichtigste Leistung in diesem Bereich zu Gute. Daneben wird aber auch beispielsweise der **Bundesfreiwilligendienst** finanziell gestärkt und **Maßnahmen zur Verbesserung der Kinderbetreuung** umgesetzt. Zudem werden zusätzliche Mittel für die **Erhöhung des Kindergeldes** um 10 Euro ab dem 1. Juli 2019 bereitgestellt.

Bundesministerium für Bildung und Forschung. Der Haushaltsausschuss hat den Regierungsentwurf des Einzelplans 30 um rund 124 Millionen Euro auf knapp **18,3 Milliarden Euro** angehoben. Wesentliche Projekte hierbei sind die **Gründung einer Agentur für Sprunginnovationen**, mit der die Entwicklung von hochinnovativen Ideen zu neuen Technologien, Produkten und Dienstleistungen mit deutlich marktveränderndem Potenzial gefördert werden sollen. Ebenso werden für **Fraunhofer-Institute** zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Der größte Etat fällt in der Ausschussfassung mit knapp 145,3 um **1,05 Milliarden Euro** höher aus als im Regierungsentwurf. Damit liegt der Ansatz um rund 6,1 Milliarden Euro über dem Soll 2018 (+ 4,4 Prozent). Dieser Aufwuchs ist vor allem auf **höhere Ausgabeansätze beim Arbeitslosengeld II** sowie bei der **Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung** zurückzuführen.

In der Arbeitnehmergruppe:
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Gerd Müller MdB

Unser Minister, Parteifreund und Mitglied der Arbeitnehmergruppe Dr. Gerd Müller besuchte uns im November um über seine Arbeit im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu berichten.

Zunächst stellte er klar, dass er in seiner Arbeit vor allem den persönlichen Anspruch der Langfristigkeit verfolgt. Das heißt konkret: Strukturen langfristig verändern, die einer positiven Entwicklung entgegenstehen.

Das Prinzip der Entwicklunghilfe beschreibt er dabei basierend auf Säulen, die ihr Fundament bilden: Die Eigenleistung als Basis, die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit sowie auch Privatinvestitionen.
Der Kompass für die entwicklungspolitische Arbeit ist für ihn die Christliche Soziallehre, die uns zur Verantwortung der Starken für die Schwächeren mahnt.

Für Gerd Müller ist Globalisierung und globales Denken der Kern seiner Arbeit: Wir streben nach freiem und fairen Handel. Das beinhaltet auch, dass man Strukturen, die dem entgegenstehen, langfristig anders gestalten muss. Konkret geht es zum Beispiel um eine faire Bezahlung von Arbeiternehmern in Entwicklungsländern. Allzu oft werden Produkte in Afrika oder Asien sehr preisgünstig produziert, aber teuer im europäischen Einzelhandel verkauft. Die Arbeiter in den Produktionsstätten vor Ort werden von dieser Gewinnspanne nur selten tangiert.

Die Themen der Entwicklungsarbeit sind nicht grundlegend „links“, sie sind urchristlich. Als Mitglied der CSU will Gerd Müller gerade hier uns immanente Themen besetzen. Dabei hat er jedoch stets den Anspruch, dass sie volkswirtschaftlich und ökologisch Sinn machen und langfristig umsetzbar sind. Im Bereich Umwelt liegen die Prioritäten vor allem im Klimaschutz (hier ist eine Initiative in Arbeit) und in der Aufforstung von Waldflächen.

Weiterhin tritt Gerd Müller für die faktische Gleichberechtigung von Mann und Frau ein. Dabei ist ein großer Punkt der Zugang zu Bildung und die Erhöhung des Bildungsgrades von Mädchen und Frauen in Entwicklungsländern.

Die deutsche Entwicklungsarbeit ist auch dank Gerd Müller weltweit einzigartig; und auch uns selbst dienlich.
Wir exportieren ein unglaubliche hohes Level an Technologie und Wissen „Made in Germany“ in Entwicklungsländer. Wir kombinieren somit den humanitären Aspekt mit nationalen Interessen. Nachholbedarf besteht dagegen auf EU-Ebene: Für den Bereich der wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gibt es weder einen Komissar, noch eine gezielte Koordinierung.

China ist in Sachen Entwicklungsarbeit deutlich weiter: Während Deutschland rund 1 Millarde Euro in Afrika investiert, sind es im bevölkerungsreichsten Land der Erde rund 60 Millarden Euro. Leider fehlt es zumeist an Nachhaltigkeit. So werden Investitionen auf Kosten von Umwelt und Ressourcen im Hinblick auf den größtmöglichen Profit getätigt. Wir brauchen ein Konzept in der Europäischen Union, um dem entgegenzusteuern.

Vielen Dank für die interessanten Einblicke, Gerd!

Wohnen besser machen
Zum Mietrechtsanpassungsgesetz

Die CSU im Bundestag setzt sich ganzheitlich für den Erhalt des Wohnraums der Menschen ein. Nach dem Baukindergeld folgt nun das Mietrechtsanpassungsgesetz, das mehr sozialen Ausgleich in den Wohnungsmarkt bringt. Künftig schützen die bundesweite Begrenzung der Modernisierungsumlage auf 8%, die Kappung der Modernisierungskosten bei zwei bzw. drei Euro pro Quadratmeter sowie die Sanktion des missbräuchlichen Herausmodernisierens die Mieterinnen und Mieter vor einem ungezügelten Anstieg der Miete. Durch umfassende Auskunftspflichten des Vermieters schaffen wir außerdem mehr Transparenz auf dem Wohnungsmarkt. Wir ebnen damit den Weg für die Einführung eines qualifizierten Mietspiegels im kommenden Jahr. Gleichzeitig führen wir das vereinfachte Verfahren zugunsten von Kleinvermietern ein. Für Wohnprojekte von sozialen Trägern gilt künftig der soziale Kündigungsschutz und nicht das gewerbliche Kündigungsrecht. Die CSU im Bundestag steht demnach für eine ausgewogene Politik, die die Interessen von Mieterinnen und Mietern wirksam schützt; redlichen Vermietern Rechtssicherheit gibt und unredlichen Vermietern das Geschäftsmodell entzieht. Neben dem Mieterschutz ist jedoch der Wohnungsbau der Schlüssel für die Entlastung des Wohnungsmarktes.

Wir müssen uns daher weiter dafür einsetzen, die Menschen in Deutschland ins Eigentum zu bringen!

„Näher am Menschen war das glaubwürdigste Motto der CSU. Das müssen wir wieder beleben. Wir brauchen das C als Kompass und das S als tragende Säule unserer Politik. Den alltäglichen Problemen und Herausforderungen der Menschen müssen wir noch stärker begegnen.“

Volker Ullrich

Impressum - Verantwortlicher im Sinne des Presserechts

Dr. Volker Ullrich MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227-73199
Fax: 030 227-76198
volker.ullrich@bundestag.de

Wahlkreisbüro Dr. Volker Ullrich MdB
Heilig-Kreuz-Straße 24
86152 Augsburg
Telefon: 0821 5047 9440
Fax: 0821 5047 9441
volker.ullrich@bundestag.de

www.volker-ullrich.de